

ZEITSCHRIFT

des Bayerischen Landesamts für Statistik und Datenverarbeitung

BAYERN in ZAHLEN

Januar 2003 · Heft 1

Statistisches Jahrbuch für Bayern 2002 vorgestellt

Am 29. November 2002 stellten der Staatssekretär im Bayerischen Staatsministerium des Innern, Hermann Regensburger, und der Präsident des Bayerischen Landesamts für Statistik und Datenverarbeitung, Dr. Peter Bauer, das Statistische Jahrbuch für Bayern 2002 vor. Dabei hob der Staatssekretär die Bedeutung der amtlichen Statistik als „Voraussetzung für eine rationale Planung in der Politik“ hervor, kündigte aber zugleich auch an, daß zur Ausschöpfung weiterer Rationalisierungsmöglichkeiten eine Organisationsstelle im Landesamt eingerichtet werde. – Die Ausschöpfung aller Möglichkeiten zur Rationalisierung und Kosteneinsparung sowie zur Entlastung der Auskunftspflichtigen sah auch Dr. Bauer als Daueraufgabe der amtlichen Statistik; dieser Aufgabe werde sich das Landesamt auch in Zukunft stellen. Als wichtigen und künftig noch an Bedeutung zunehmenden Hebel hierfür bezeichnete er die „medienbruchfreie Statistik“, also die Produktion statistischer Ergebnisse vom Auskunftspflichtigen bis hin zur Veröffentlichung auf rein elektronischem Wege; er machte aber auch deutlich, daß die Bürger, Unternehmen und Verwaltung auf diesem Wege mitgehen müßten, wenn das Ziel erreicht werden soll.



Von links: Brigitta Brunner (Vertreterin des Präsidenten), Präsident Dr. Peter Bauer, Staatssekretär Hermann Regensburger, Stellvertretender Pressesprecher (StMI) Michael Ziegler. Fotos: J. Klobasa

Staatssekretär Hermann Regensburger

„Von den öffentlichen Finanzen über die Bevölkerungsentwicklung bis zu den Zahlen für einzelne Wirtschaftszweige ist und bleibt die Statistik die Voraussetzung für eine rationale Planung in der Politik“, betonte Innenstaatssekretär Hermann Regensburger anlässlich der Präsentation des Statistischen Jahrbuchs für Bayern 2002, das er am 29. November 2002 in München zusammen mit dem Präsidenten des Bayerischen Landesamts für Statistik und Datenverarbeitung, Dr. Peter Bauer, vorstellte. Um mögliche weitere Rationalisierungsmöglichkeiten auszuschöpfen, kündigte Regensburger die Einrichtung einer Organisationsstelle beim Landesamt an. Diese soll Organisation und interne Abläufe bei der Erhebung und Erstellung von Statistiken prüfen und die Optimierung der Prozesse, die Kosten- und Leistungsrechnung und daran anknüpfend Wirtschaftlichkeitsberechnungen und Controlling bündeln. Die Organisationsstelle wird der neuen Vizepräsidentin des Landesamts, Brigitta Brunner, unmittelbar zuarbeiten.

Als besondere Erkenntnisse und Trends im neuen Statistischen Jahrbuch, das auch unter der Internetadresse <http://www.statistik.bayern.de> auszugsweise genutzt werden kann, hob Regensburger die folgenden hervor:

Pro-Kopf-Verschuldung Bayerns weiterhin bundesweit am niedrigsten

Die sogenannte fundierte Verschuldung des Freistaats, d.h. die Schulden am Kreditmarkt und bei öffentlichen Haushalten, belief sich zum 31. 12. 2001 auf 1664 Euro je Einwohner Bayerns. Regensburger: „Der Freistaat konnte damit seine Spitzenposition als das Land mit der geringsten Pro-Kopf-Verschuldung unter den Bundesländern weiter festigen.“ Die durchschnittliche Verschuldung der Länder der Bundesrepublik lag Ende 2001 bei 4501 Euro je Einwohner. Nachdem der Freistaat in den Jahren 1999 und 2000 Schulden abbauen konnte, hat sich im Berichtsjahr 2001 sein Schuldenstand wieder leicht erhöht. „Ursache hierfür ist unter anderem die wachstumsfeindliche Wirtschafts- und Finanzpolitik der rot-grünen Bundesregierung“, so der Staatssekretär. Die Schulden des Freistaats am Kreditmarkt und bei öffentlichen Haushalten stiegen bis Ende Dezember 2001 um 126,5 Millionen Euro auf 20,4 Milliarden Euro. Sie liegen damit wieder über dem Stand von 1997 (20,3 Milliarden Euro), aber unter dem Schuldenstand von 1998 (21,1 Milliarden Euro) und 1999 (20,7 Milliarden Euro). In diesem Zusammenhang erinnerte Regensburger daran, daß Bayern trotzdem an einem Haushalt ohne Neuverschuldung ab 2006 festhält. „Erst vor wenigen Tagen hat sich Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber erneut deutlich gegen eine Neuverschuldung ausgesprochen. Um dieses Ziel zu erreichen, hat die Staatsregierung in dieser Woche drastische Einsparungen in Höhe von 1,6 Milliarden Euro beschlossen“, so der Staatssekretär.

Schuldenanstieg bei den Kommunen durch Bundespolitik bedingt

Auch die Verschuldung der Gemeinden bzw. Gemeindeverbände am Kreditmarkt und bei öffentlichen Haushalten ist im Berichtsjahr 2001 gestiegen. Ohne ihre Sondervermögen (Eigenbetriebe und Krankenhäuser) wiesen sie Schulden in Höhe von 13,2 Milliarden Euro aus. Im Vergleich zum Vorjahr hat die Verschuldung um knapp 1% zugenommen. „Die Schulden je Einwohner

liegen bei 1075 Euro. Die Ursachen für die auf der ungünstigen Steuerentwicklung resultierenden Finanzmiserie der Kommunen sind sowohl konjunktureller als auch struktureller Natur. Eines steht jedoch fest: Sie sind von der Bundespolitik zu verantworten“, so Regensburger. Zusammengekommen beliefen sich die Schulden der Haushalte des Freistaats und der bayerischen Gemeinden und Gemeindeverbände Ende 2001 auf 2739 Euro je Einwohner. Im bundesweiten Vergleich steht Bayern damit noch immer am besten da.

Deutliche Bevölkerungszunahme dank positiver Wanderungsbilanz

Die Bevölkerungszahl Bayerns ist 2001 kräftig angestiegen. Der Freistaat zählte Ende letzten Jahres rund 12330000 Einwohner. Damit erhöhte sich die Einwohnerzahl im Jahr 2001 um knapp 100000 Personen, eine Zunahme in der Größenordnung einer Großstadt wie z.B. Erlangen. Aber: Dieser Anstieg ist laut Regensburger ausschließlich auf die Wanderungsbilanz des Freistaats zurückzuführen. Zu den erheblich angestiegenen Zuwanderungen von Deutschen aus den anderen Bundesländern kam 2001 ein deutliches Wanderungsplus bei den Ausländern. In den Jahren 1997 und 1998 war – hauptsächlich bedingt durch die Rückführung von Bürgerkriegsflüchtlings – erstmals seit Beginn der 80er Jahre die Zahl der Ausländer in Bayern zurückgegangen: Sie verringerte sich in den beiden Jahren um fast 43000. Dagegen ist in den Folgejahren die ausländische Bevölkerung in Bayern wieder angestiegen, und zwar im Jahr 2000 um rund 9000 Personen und im Jahr 2001 sogar um über 30000. Von der Gesamteinwohnerzahl am 31. Dezember 2001 waren rund 11167000 Deutsche und 1163000 Ausländer. Damit lag der Anteil der Ausländer an der Gesamtbevölkerung zum Jahresende 2001 bei etwa 9,4%, also um 0,2% höher als im Jahr davor.

Einbürgerungen von Ausländern seit 1991 versechsfacht

Zu einer zahlenmäßig immer bedeutsameren Komponente für die Entwicklung der deutschen Bevölkerung in Bayern werden die Einbürgerungen von Ausländern. Während im Jahr 1991 rund 3200 Ausländer die deutsche Staatsangehörigkeit erhielten, waren es 1999 bereits 15200. Im Jahr 2000 stieg die Zahl der Einbürgerungen vor allem als Folge des neuen Staatsangehörigkeitsrechts auf 20622. Im vergangenen Jahr war ein geringfügiger Rückgang auf 19921 Ausländereinbürgerungen zu verzeichnen. „Dabei betrachten wir mit Sorge die zunehmenden Fälle der Mehrstaatigkeit“, so Regensburger. Die größte Gruppe der eingebürgerten Ausländer waren wie schon in den letzten Jahren die Türken: Ihre Zahl ist von rund 5800 im Jahr 1998 auf fast 9600 im Jahr 2001 angestiegen.

Knapp ein Viertel der Bayern sind 60 oder älter

Zur Altersstruktur teilte Regensburger mit, daß in Bayern heute fast 2,9 Millionen 60jährige und ältere Menschen leben. Ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung liegt mit 23,2% geringfügig höher als der Anteil der unter 21jährigen (22,7%). Während die Bevölkerung seit 1950 um rund 34% wuchs, hat sich die Zahl der Seniorinnen und Senioren seit 1950 um 131% erhöht. Die ältere Bevölkerung hat im Durchschnitt pro Jahr um die Größe einer Stadt mit 32000 Einwohnern zugenommen. Zum Jahres-

ende 2001 waren die Bayern im Durchschnitt 40,7 Jahre alt. Das Durchschnittsalter erhöhte sich damit seit 1950 um über 6 Jahre (1950: 34,6 Jahre). Aufgrund der höheren Lebenserwartung der Frauen lag deren Durchschnittsalter 2001 mit 42,3 Jahren um 3,2 Jahre höher als das der Männer (39,1 Jahre).

Fast eine halbe Million Bayern zogen 2001 in eine andere Gemeinde

Ein wichtiges Datum für die Landesplanung ist laut Regensburger die Mobilität der Bevölkerung innerhalb Bayerns. Rund 478 000 Bürger verlegten im Berichtsjahr 2001 innerhalb des Freistaats ihren Wohnsitz über Gemeindegrenzen (2000: 489 000). Wanderungsgewinne aus Umzügen innerhalb Bayerns erzielten im Jahr 2001 die Regierungsbezirke Schwaben (+3240 Personen), Niederbayern (+1373 Personen) und die Oberpfalz (+758 Personen). Wanderungsverluste hatten im vergangenen Jahr dagegen die Regierungsbezirke Mittelfranken (-171 Personen), Oberbayern (-1073 Personen), Unterfranken (-1839 Personen) und Oberfranken (-2288 Personen) zu verzeichnen.

Baugewerbe weiter auf Talfahrt

Im Baugewerbe schlägt die schlechte konjunkturelle Lage voll durch. Bei meldepflichtigen Betrieben im Hoch- und Tiefbau (d.h. bei Unternehmen mit 20 oder mehr Beschäftigten, deren Schwerpunkt in der Vorbereitung und Durchführung von Hoch- und Tiefbauarbeiten liegt), sind die baugewerblichen Umsätze im vergangenen Jahr um 3,3% zurückgegangen. Im ersten Halbjahr 2002 hat sich die Talfahrt noch weiter beschleunigt. Die Umsätze gingen gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum um nominal 4,8% zurück. Schwachpunkt ist wie im Vorjahr der Wohnungsbau, dessen Umsätze nominal um 9,7% gefallen sind. Der Rückgang im Wohnungsbau wird auch weiter anhalten, wie sich aus der Zahl der Baugenehmigungen ergibt. Bereits im Berichtsjahr 2001 waren Rückgänge um 11,5% bei den Ein- und Zweifamilienhäusern und um 8,7% bei den Mehrfamiliengebäuden zu verzeichnen. Dieser negative Trend hat sich im ersten Halbjahr 2002 noch verstärkt: insgesamt sind in Bayern 26 643 Wohnungen zum Bau freigegeben worden, das sind 12,1% weniger als im Vergleichszeitraum des Vorjahres. Regensburger: „Die traurige Konsequenz dieser Entwicklung ist, daß die Zahl der Beschäftigten im ersten Halbjahr 2002 gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 10%, die Zahl der Betriebe um 9,3% gesunken ist. Die statistischen Zahlen machen klar, daß die aktuellen Pläne der Bundesregierung wie Kürzung der Eigenheimzulage und Beschränkung der degressiven Abschreibung Gift für die Branche sind“.

Präsident Dr. Peter Bauer

Die Ausschöpfung aller Möglichkeiten zur Rationalisierung und Kosteneinsparung sowie zur Entlastung der Auskunftspflichtigen ist nach Aussage von Dr. Peter Bauer als Daueraufgabe der amtlichen Statistik zu sehen. „Dieser Aufgabe haben wir uns in der Vergangenheit gestellt und werden dies auch in Zukunft tun“ so der Präsident bei der Vorstellung des Statistischen Jahrbuchs für Bayern 2002 durch Innenstaatssekretär Hermann Regensburger. Ein wichtiger und künftig noch zunehmender Hebel hierfür ist die „medienbruchfreie Statistik“, also die Produktion statistischer Ergebnisse vom



Präsident Dr. Peter Bauer stellt sich den Fragen der Journalisten.

Auskunftspflichtigen bis hin zur Veröffentlichung auf rein elektronischem Wege.

Je knapper die Mittel, desto wichtiger sind solide amtliche Zahlen

Der Präsident wies jedoch auch darauf hin, daß gerade in Zeiten knapper öffentlicher Kassen sich verstärkt die Frage nach der Verteilung der noch vorhandenen Mittel stelle: Je knapper die Mittel, desto wichtiger werden die Daten der amtlichen Statistik. „Notwendige Reformen“, so der Präsident, „können nur mit Hilfe einer soliden Datenbasis zu tragfähigen Lösungen führen.“

Präsident Dr. Bauer machte zugleich deutlich, daß jede Bürgerin und jeder Bürger zur Verbesserung dieser Datenbasis beitragen kann. Richtige und termingerechte Antworten im Rahmen von Erhebungen sowie insbesondere die Nutzung der heute schon gebotenen technischen Möglichkeiten helfen, die Genauigkeit und Aktualität der Daten zu verbessern und Kosten zu vermeiden.

Den Wandel von Gesellschaft und Methoden aktiv begleiten

Neben der Kontinuität, die sich in Umfang und Qualität der Daten widerspiegelt, steht auch der Wandel für die Arbeit des Bayerischen Landesamts für Statistik und Datenverarbeitung. Dieser Wandel, ohne den die amtliche Statistik sehr rasch ihren Auftrag – ein verlässliches Ge-

sambild der Gesellschaft zu liefern – nicht mehr erfüllen könnte, zeigt sich bei der Konzeption und Durchführung neuer Erhebungen ebenso wie bei der Änderung oder dem Wegfall bestehender Statistiken. So war die Arbeit des Landesamts in den letzten eineinhalb Jahren stark davon geprägt, einen registergestützten Zensus zu testen, ein Verfahren, das – wenn der Test erfolgreich verläuft – die bisher üblichen Volkszählungen ersetzen könnte und damit zu Einsparungen führen und den Bürger wenig belasten würde.

Dem Wandel, der sich in den letzten zehn Jahren innerhalb des Dienstleistungssektors in Form von Strukturveränderungen vollzog, trug die amtliche Statistik erstmalig mit der im Jahr 2001 für das Jahr 2000 durchgeführten Repräsentativerhebung in zwei Bereichen des Dienstleistungssektors Rechnung. Es handelt sich dabei um den Bereich Verkehr und Nachrichtenübermittlung und den Bereich Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen sowie Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen. Die Ergebnisse haben insbesondere für die Berechnung des Bruttosozialprodukts eine große Bedeutung.

Bei der Aktualisierung des „Warenkorbs“ für den Preisindex geht es nicht ohne die Mitarbeit der Bürger

Auch auf dem Gebiet der Preisentwicklung beobachtet das Landesamt ständig den Wandel. Daher soll im nächsten Jahr eine Einkommens- und Verbrauchsstichprobe durchgeführt werden, aus deren Ergebnissen der sogenannte „Warenkorb“ ermittelt wird.

Zuverlässige (repräsentative) Ergebnisse sind allerdings nur möglich, wenn sich Haushalte aus allen Gruppen der Gesellschaft in ausreichender Zahl an der Erhebung beteiligen. Die Haushalte halten dabei mit Hilfe erprobter Haushaltsbücher für ein Quartal im Jahr 2003 ihre gesamten Einnahmen und Ausgaben fest. Der Präsident appellierte an zwei Gruppen von Haushalten, von denen noch nicht genügend eine Teilnahme an der Erhebung zugesagt haben, um die Repräsentativität des Warenkorbs zu gewährleisten. Es handelt sich dabei um Haushalte mit geringem Einkommen sowie Haushalte von Selbständigen, Freiberuflern und Landwirten. Für ihre Mitarbeit erhalten die Haushalte eine Prämie von 64 Euro und – was heutzutage auch nicht unwichtig ist – eine genauere Kenntnis ihrer eigenen Ausgaben und Einnahmen.

Bayern leben heute doppelt so lang wie vor 100 Jahren

Der Präsident wies darauf hin, daß Bayern als einziges Bundesland eine mit der Sterbetafel von 1987 auf der Basis der Zahlen von 1996 bis 1998 vergleichbare Sterbetafel berechnet hat. Ein in Bayern geborener Bub hat hiernach eine mittlere Lebenserwartung von 74,66 Jahren, ein Mädchen von 80,60 Jahren. Die Sterbetafel weist auch die Sterbewahrscheinlichkeiten für alle Altersjahre aus. So hat in Bayern ein 80jähriger Mann noch eine mittlere Lebenserwartung von fast 7 Jahren, eine Frau gleichen Alters von über 8 Jahren. Ein Neugeborener hat heute eine fast doppelt so hohe Lebenserwartung wie vor 100 Jahren (37,9 Jahre). Die aus diesen Zahlen ablesbaren Entwicklungen spielen z.B. bei der Altersversorgung im Rahmen von Lebensversicherungen eine wichtige Rolle.

Entnehmen kann man dem Jahrbuch auch, daß heutzutage weitaus mehr Frauen an Krankheiten des Kreislaufsystems sterben als Männer, hingegen diese bei Lungenkrebs die Frauen deutlich übertreffen.

Umweltstatistiken – Basisdaten für ein weltweites Berichtssystem

Den zunehmenden Bedarf an Umweltdaten zu decken, ist eine der neu hinzugekommenen Aufgaben, die die amtliche Statistik in den letzten Jahren verstärkt wahrnimmt. Ohne Zahlen aus dem Bereich Umwelt – genauer: der Messung ihrer Belastungen und deren Veränderungen – könnte Deutschland zum einen seine Lieferverpflichtungen an internationale Informationssysteme nicht erfüllen, zum anderen fehlten der politischen wie gesellschaftlichen Diskussion dieses nach wie vor wichtigen Themas die verlässlichen Daten. So läßt sich dem Jahrbuch u.a. entnehmen, daß die bayerischen Wärmekraftwerke im Jahr 2001 rund 2,6 Milliarden Kubikmeter Wasser aus Oberflächengewässern entnahmen, in erster Linie zu Kühlzwecken. Dies entspricht etwa der Wassermenge von Chiemsee und Königsee zusammen. Die Wasserentnahme ging aufgrund zunehmender Kreislaufnutzung – jeder Kubikmeter Wasser wurde durchschnittlich 3,8 mal genutzt – gegenüber 1998 um 8% und gegenüber 1991 um 24% zurück. Des Weiteren, daß die energiebedingten CO₂-Emissionen in Bayern 2000 rund 87,7 Millionen Tonnen betragen, 2,2% weniger als 1999. Jeder bayerische Einwohner „produzierte“ im Jahr 2000 durchschnittlich 521 kg Hausmüll und „sammelte“ durchschnittlich 67,1 kg Verkaufsverpackungen, darunter 29,6 kg Glas und 20,5 kg Papier, Pappe, Karton. Insgesamt wurden im Jahr 2000 2,4 Millionen Tonnen Altpapier und 530 000 Tonnen Altkunststoffe von den Verwertungsbetrieben bezogen bzw. eingesetzt.

Weitere wichtige Daten zur aktuellen Entwicklung Bayerns aus dem Jahrbuch:

In den bayerischen Großstädten lag im Jahr 2001 der Anteil der **Singlehaushalte** mit 48% fast doppelt so hoch wie in den Gemeinden mit weniger als 5000 Einwohnern.

Noch nie in den letzten 50 Jahren haben in Bayern Ledige so spät **geheiratet** wie heute. Die ledigen Männer, die 2001 die Ehe schlossen, waren im Durchschnitt 31,7 Jahre alt, die ledigen Frauen 28,7 Jahre. Damit heirateten Ledige gegenwärtig durchschnittlich fünf Jahre später als zu Beginn der siebziger Jahre.

Das **Bruttoinlandsprodukt** 2001 erreichte nominal 357,3 Milliarden Euro, was einem Zuwachs von 2,1% entspricht. Das reale (preisbereinigte) Wirtschaftswachstum betrug 0,9% (Deutschland: 0,6%). Pro Kopf waren dies 29 103 Euro in Bayern und 25 056 Euro in ganz Deutschland.

Der **Preisanstieg** betrug im letzten Jahr 2,4%. Damit erreichte die Inflationsrate den höchsten Wert seit sechs Jahren (1994: ebenfalls +2,4%). Allerdings ist in den ersten elf Monaten dieses Jahres gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum nur ein Anstieg um durchschnittlich 1,6% zu verzeichnen.

215 412 Menschen, das sind 1,8% der Bevölkerung, haben am Jahresende 2001 in Bayern laufende **Sozialhilfe** zum Lebensunterhalt bezogen. Nach Rückgängen in den drei vorangegangenen Jahren war dies erstmals wieder ein Anstieg gegenüber dem Vorjahr um 0,5%.